



IN A NUTSHELL

Elmar Brok

Für Souveränität mit Mut und Augenmaß in Europa

Mai 2021

Allerorten hallt das Wort Souveränität um den Erdball. Verfassungs- und VölkerrechtlerInnen leiten es vom Wortlaut der Verfassungen ab; DiplomatInnen nutzen es, wenn sie ansonsten kein Argument mehr haben; PopulistInnen aller Länder mobilisieren BürgerInnen mit dem jeweiligen *America first*, selbst in Zeiten einer globalen Pandemie.

Allerdings sollte der Begriff der nationalen Souveränität nicht einfach abgetan werden. Die Völkerrechtsprinzipien der Integrität nationaler Grenzen und der Souveränität der freien Entscheidung von Staaten sollten nicht nur gewahrt werden, um Frieden zu sichern und Völkergemeinschaften gegen Aggressoren zu schützen. Sie müssen weiter gestärkt werden. Souveränität im politischen Sinne heißt, sich und die eigenen Ziele und Interessen durchzusetzen oder wenigstens verteidigen zu können. Sonst besteht sie nur theoretisch, ist nur Papier.

Oftmals wird Souveränität zu sehr mit Identität gleichgesetzt. Unabhängig von der Größe und dem Kontext muss die – vor allem auch kulturelle und sprachliche – Identität eines Volkes oder einer autochthonen Volksgruppe bewahrt werden. Dieses Gebot gilt vor allem auch für die Europäische Union (EU). Es setzt dem Einigungsprozess Grenzen. Die EU kann nie ein zentralistischer Einheitsstaat werden, sondern muss sich föderalistisch – in der deutschen dezentralen Bedeutung des Wortes – organisieren. Auch deshalb war das Wort von Vizekanzler Olaf Scholz vom Hamilton-Moment missverständlich. Auf jeden Fall kann eine EU, die anders als die USA aus Staaten und Völkern mit unterschiedlicher Kultur und Geschichte besteht, die bis ins frühe Mittelalter zurückgeht, die Vielfältigkeit nicht aufgeben. Sonst werden die Völker rebellieren.

Dennoch müssen alle Staaten, kleine und vor allem auch große, begreifen, dass sie ihre Interessen in einer globalen Ordnung der kurzen logistischen und kommunikativen Wege nicht alleine wahrnehmen können. Die bedeutenden Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft – wie Klimawandel, innere und äußere Sicherheit, Gesundheit, bessere und gerechtere Lebensbedingungen, wirtschaftliche und soziale Zukunft, Migration, Menschenrechte – kann kein europäischer Nationalstaat mehr alleine beantworten.

Der Diskurs in den Hauptstädten fast aller EU-Mitgliedstaaten zeigt, dass eine Vielzahl der politischen, administrativen, medialen und intellektuellen Eliten rückwärtsgewandter denkt als ein großer Teil der BürgerInnen. Sie nennen das realistisch, meinen aber letztlich nationalistisch.

Der frühere Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte einmal: Er als Luxemburger wisse, was ein kleines Land sei. Von Washington und Peking aus betrachtet seien aber alle EU-Länder klein; die größeren hätten es aber noch nicht vollständig begriffen. Kein europäischer Staat hat noch die Souveränität, seine Interessen aus eigener Kraft durchzusetzen und eine friedliche Welt entscheidend zu gestalten. Nur gemeinsam haben sie die kritische Masse, im Weltkonzert prägend mitzuspielen. Die Europäer sind eine Schicksalsgemeinschaft, haben es aber emotional noch nicht realisiert.

Die neuere und ältere europäische Geschichte beweist, dass der intergouvernementale Ansatz nicht nachhaltig, effizient, inklusiv ist. Deshalb ist die Gemeinschaftsmethode der EU allen anderen Modellen überlegen. Dann müssen die Mitgliedsstaaten der EU aber auch die nötigen Instrumente und Entschei-



dungsmechanismen gewähren, um den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Sie funktioniert überall dort, wo sie mit Mehrheit entscheiden darf, wie etwa beim Binnenmarkt. Und sie wird dort zu Recht von den BürgerInnen als schwach angesehen, wo das Vetoprinzip zu Handlungsschwäche und schlechten Kompromissen führt.

Die in diesem Mai beginnende EU-Konferenz „Future of Europe“ muss sich diesem Thema stellen. Dabei ist sensibles, aber auch mutiges Handeln gefragt. Das zwischen den großen und kleinen Ländern gut balancierte System der qualifizierten Mehrheitsentscheidung sollte endlich voll genutzt und über die Möglichkeiten des Vertrages von Lissabon ausgebaut werden. Ähnliches gilt für die Nutzung der „Verstärkten Zusammenarbeit“ (etwa bei der Digitalsteuer) und der „Permanent Structured Cooperation“ (PESCO) für die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zu viele strittige Fragen auf den Europäischen Rat zu verlagern, der keine Gesetzgebungskompetenz hat und immer einstimmig entscheiden muss, ist auf Dauer nicht tragfähig und zerstört seine Autorität.

Die EU ist wirtschafts- und handelspolitisch auf der Grundlage der Stärke des gemeinsamen Binnenmarktes und der alleinigen handelspolitischen Kompetenz eine Weltmacht, also Trägerin der gemeinsamen Souveränität. Sie muss diese Kraft in einer gut abgewogenen Weise ohne Protektionismus für ihre ökonomischen, aber auch politischen Interessen wahrnehmen und sich dabei auch von Menschenrechten, dem Pariser Klimaabkommen und den wesentlichen ILO-Standards leiten lassen. Ihre Ziele muss sie durch die Stärkung der Regeln des Multilateralismus und ein

Netzwerk von bilateralen Handelsverträgen und Freihandelszonen erreichen und sichern. Dabei haben die transatlantischen Beziehungen, die für beide Seiten immer noch den höchsten Anteil an ihrem Handel und ihren Direktinvestitionen ausmachen, Vorrang. Die strategische Autonomie darf nicht Abschottung und Zerstörung von Lieferketten bedeuten, sondern muss zur eigenständigen Nutzung von Fähigkeiten führen. Der Schutz der heimischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie die Rückführung etwa von medizinischen Fähigkeiten dürfen aus eigenem Interesse nur bei Fragen von hoher strategischer Bedeutung erfolgen.

Dieses Konzept kann auch auf die gesamten Außenbeziehungen bezogen werden: Gemeinsame Stärke in den multilateralen Institutionen und Foren, ein Netzwerk von bilateralen Kooperations- und Assoziierungsverträgen sowie kollektive Sicherheit durch das transatlantische Bündnis. Spätestens seit Donald Trump wissen die Europäer aber auch, dass sie eigene Fähigkeiten in der Verteidigungspolitik durch gemeinsame, zur NATO komplementäre Entscheidungsstrukturen und militärische Fähigkeiten brauchen. Sie müssen Synergieeffekte in der Rüstung nutzen und brauchen entsprechende wissenschaftliche und industrielle Strukturen. All das, aber nur das, ist strategische Autonomie.

Über den Autor

Elmar Brok ist Senior Fellow des Aspen Institute Deutschlands. Von 1980 - 2019 war er Mitglied des Europäischen Parlaments und unter anderem Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses (1999 - 2007 und 2012 - 2017).



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem pointierten Meinungsformat *In A Nutshell* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu kommentieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.